

Sitzung/Gremium	am:	
Ausschuss für Bauen und Mobilität, Katastrophen- und Feuerschutz	17.06.2026	öffentlich
Kreisausschuss des Landkreises Friesland	25.06.2026	nicht öffentlich
Kreistag des Landkreises Friesland	01.07.2026	öffentlich

Bezeichnung des Beratungsgegenstandes:

Nahverkehrsplan; hier: Laufzeiten von Liniengenehmigungen bei Umstellung auf alternative Antriebe

Kenntnisnahme/Empfehlung:

Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.

Finanzielle Auswirkungen: ☐ Ja ☒ Nein						
Gesamtkosten der Maßnahmen (ohne Folgekosten)	Direkte jährliche Folgekosten	Finanzierung: Eigenanteil	objektbezogene Einnahmen	Sonstige einmalige oder jährliche laufende Haushaltsauswirkungen		
€ XXXXX	€ XXXX	€ XXXX	€ XXXX	€ XXXX		
Erfolgte Veranschlagung: ☐ ja, mit € ☒ Nein						
im ☐ Ergebnishaushalt ☐ Finanzhaushalt Produkt- bzw. Investitionsobjekt: XXXX						
Vorlage betrifft die demografische Entwicklung: ☐ ja ☐ nein Falls ja, in welcher Art: XXXX		Vorlage hat negative Auswirkungen auf Klimaschutz: ☐ ja ☐ nein Bei ☒ ja: Nähere Erläuterung der Auswirkung in Begründung Vorlage hat positive Auswirkungen auf Klimaschutz: ☐ ja ☐ nein Bei ☒ ja: Handlungsfeld:				
Vorlage bezieht sich auf XXX	MEZ Nr. XXX Titel:	HSP Nr. XXX Titel:				
gez. S. Pflug Sachbearbeiterin		gez. Wehmeyer Fachbereichsleiter				
		Sichtvermerke: Kämmerei gez. Neuhaus Dezernent Landrat				
Abstimmungsergebnis:						
Fachausschuss	einstimmig	Ja:	Nein:	Enth.:	Kts. gen.:	abw. Beschl.
Kreisausschuss	einstimmig	Ja:	Nein:	Enth.:	Kts. gen.:	abw. Beschl.
Kreistag	einstimmig	Ja:	Nein:	Enth.:	Kts. gen.:	abw. Beschl.

Darstellung des Sachverhaltes:

Der Öffentliche Personennahverkehr in Friesland wird gemäß des in 2025 beschlossenen Nahverkehrsplanes für 2026 bis 2029 im eigenwirtschaftlichen Linienverkehr durchgeführt. Die Verkehrsunternehmen beantragen die Linien bisher für bis zu 10 Jahre bei der Landesnahverkehrsgesellschaft. Aufgrund einer Änderung des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) ist seit diesem Jahr auch eine Beantragung von Linien mit einer Laufzeit von bis zu 15 Jahren möglich, wenn dies entsprechend durch das öffentliche Verkehrsinteresse sowie wirtschaftliche (insbesondere Amortisationsgesichtspunkte auf Seiten des Verkehrsunternehmens), wettbewerbliche und technische Gesichtspunkte begründet wird.

Das Busunternehmen Bruns Omnibusverkehr aus Varel hat die neue „Obenstrohe-Linie“ (256) kürzlich mit 15 Jahren beantragt und wird dies auch für alle anderen Linien in Zukunft so handhaben, da die Fahrzeugflotte bis **Ende 2027 vollständig auf Elektrobusse** umgestellt werden soll. Die Umstellung der Fahrzeuge auf Elektrobusse steht im Einklang mit dem Nahverkehrsplan und würde den Landkreis Friesland weiter als Vorreiter in Sachen alternative Antriebe in der Region hervorheben. Die längere Laufzeit wird vor allem über die längere Planungssicherheit für die insgesamt höheren Investitionen begründet und ist auch nach neuester Änderung des PBFG/NNVG zulässig.

In Kürze wird die formelle Anhörung durch die LNVG erwartet. Da der aktuelle NVP keinen Beschluss über die Laufzeitenharmonisierung enthält und dies zeitlich auch sehr nah liegt, kann aus rechtlicher Sicht einer Genehmigung der Linien für 15 Jahre nicht entgegengehalten werden. In Hinblick auf die grundsätzlich guten Erfahrungen mit der Verbesserung des ÖPNV im eigenwirtschaftlichen Verkehr und in Hinblick auf die beschlossenen Klimaziele, sollte deshalb gegenüber der LNVG eine positive Stellungnahme abgegeben werden. Gleichzeitig sollte mit Blick auf die hoffentlich positive Kostenentwicklung bei dem Busunternehmen eine Anpassung der Allgemeinen Vorschrift im Hinblick auf die Reduzierung der Zuschüsse für elektrische Antriebe angestrebt werden, wenn diese nunmehr zum Standard werden. Zudem kann eine Konzession auch im Wege der Verhandlung und Gesamtkonzeptionierung einer nachträglich eingeleiteten Laufzeitenharmonisierung in ein solches Konzept integriert und in Absprache mit dem Unternehmen und der LNVG auch grundsätzlich früher beendet werden. Alternativ müsste die Laufzeitenharmonisierung nachträglich beschlossen werden, wofür es aber aktuell keinen sachlichen Grund gibt, da die Verbesserung des ÖPNV in Friesland gemeinsam mit den ortsansässigen Busunternehmen stetig weiter voranschreitet und die Mehrkosten für die Initiierung einer Ausschreibung zusätzliche Mehrkosten durch Personalbedarf und Rechtsberatung in Höhe von ca. 500.000 € verursachen würden und eine weitere Verbesserung des ÖPNV bis zur Vergabe der Linienbündel blockieren würde.

Anlage(n):

keine